

Noch keine Lösung für Kirchplatz in Sicht

Auffassungen von Stadt und Kirche klaffen auseinander

Obernkirchen (sig). Die Verhandlungen zwischen der Stadt und der örtlichen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde sowie dem Kirchenamt des Kreises und der Landeskirche Hannover über den Kirchplatz sind in eine Sackgasse geraten. Es besteht die Befürchtung, dass es nicht mehr zu einer Sanierung im Rahmen des dieses Jahr auslaufenden Programms für die Innenstadt kommt.

Nach Informationen unserer Zeitung brachte die jüngste Gesprächsrunde im Rathaus keinerlei Annäherung.

Die erheblich voneinander abweichenden Positionen wurden im Gegenteil bestärkt. Die Stadt ist an einem Erwerb des Geländes interessiert. Wenn das nicht möglich ist, will sie zumindest einen langfristigen Nutzungsvertrag abschließen, der ihr gestattet, durch Mehrheitsbeschlüsse des Verwaltungsausschusses oder des Rates etwa Vereinen oder Organisationen die Benutzung des Platzes zu genehmigen. Im Gegenzug wäre die Stadt bereit, die Kosten für die Umgestaltung und die weitere Sanierung des Kirchplatzes, der Oberflächenentwässerung und der Beleuchtung zu übernehmen. Sie legt zugleich aber auch Wert auf eine öffentliche Widmung des Kirchplatzes.

Die kirchliche Seite soll nach vorliegenden Informationen unter anderem darauf bestehen, dass die Pläne für eine Umgestaltung in jedem Fall dem Landeskirchenamt zur schriftlichen Genehmigung vorzulegen sind, auch wenn ausschließlich Bund, Land und Stadt die Kosten im Rahmen der Stadtsanierung übernehmen.

Käme es lediglich zu einem so genannten Gestattungsvertrag, so sollte die Stadt dennoch alle öffentlich-rechtlichen Pflichten übernehmen. Dazu gehören zum Beispiel die Grundstücksreinigung und die laufende Unterhaltung. Auch für alle auf das Grundstück bezogenen Haftpflichtansprüche sollte die Zuständigkeit dann bei der Stadt liegen.

Selbst hinsichtlich der vertraglich zu vereinbarenden Kündigungsfristen sieht sich die Stadt in dem von der Kirche vorgelegten Vertragsentwurf benachteiligt. Auf Seiten der Stadt wird deshalb von einem Missverhältnis der Rechte und Pflichten gesprochen. Als entscheidenden Beweggrund für dieses Verhalten der Kirche sieht man die Befürchtung an, dass die Stadt Nutzungsrechte vergeben könnte, die von der anderen Seite nicht akzeptiert würden. Das träfe zum Beispiel auf die Vereidigung von Soldaten zu, die der Kirchenvorstand mit seiner Mehrheit bereits einmal abgelehnt hatte.

Auf kirchlicher Seite hält man sich zum Ablauf der Gesprächsrunde bedeckt. Es bleibt abzuwarten, ob in diese verfahrenere Situation nach einer Bedenkzeit doch noch etwas Bewegung kommt.